



DEN JAHREN MEHR LEBEN!

Ein Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion für eine wertschätzende
Seniorenpolitik zur Sicherstellung einer sozialen und wirtschaftlichen
Teilhabe für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

UNSER ZIEL:

Lebensqualität in den Jahren! Wir wollen Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes, weitestgehend unabhängiges, würdevolles und aktives Leben ermöglichen!

GRUNDRENTE MUSS BEI DEN MENSCHEN ANKOMMEN

Langwierige Prüfverfahren sorgen dafür, dass die Grundrente bei vielen Menschen nicht ankommt. Wir sehen Nachbesserungsbedarf bei der Anerkennung von Erziehungszeiten, Pflege, Ausbildung, Erwerbslosigkeit und Fürsorgearbeit von Frauen, auch um die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern auszugleichen.

Mehr dazu ab Seite 7

AUSBAU MODERNER, BARRIEREFREIER WOHN- UND PFLEGEMÖGLICHKEITEN

Immer mehr hochaltrige Menschen geraten in die Pflegebedürftigkeit und können leider nicht in den vertrauten vier Wänden bleiben. Diese Entwicklung erfordert ein laufendes Engagement beim Ausbau häuslicher, ambulanter und stationärer Pflegestrukturen im Land Bremen.

Mehr dazu ab Seite 10

ENTLASTUNGSPROGRAMME FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Die meisten Pflegebedürftigen in Bremen werden häuslich versorgt. Dabei leisten vor allem weibliche Angehörige Unglaubliches; und das unbezahlt. Für sie wollen wir Entlastungsprogramme auf den Weg bringen.

Mehr dazu ab Seite 12

MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR DEMENZERKRANKUNG

Bremen braucht eine Demenzstrategie. Wir wollen demenzsensible Sozialräume und Mobilitätsangebote fördern. Vorstellen können wir uns die Einrichtung sog. Demenzdörfer, Wohnanlagen, die auf die speziellen Bedürfnisse Demenzkranker ausgerichtet sind.

Mehr dazu ab Seite 13

AKTIV ALTERN. LEBENSLANG LERNEN.

Personen im Ruhestand nehmen häufiger an Bildungsveranstaltungen teil als Personen im Erwerbsalter. Für sie wollen wir das Bildungs- aber auch Bewegungsangebot stärker fördern und Rentnerinnen und Rentner mit spärlicher Alterssicherung einen kostenfreien Zugang ermöglichen.

Mehr dazu ab Seite 14

MOBILITÄT IM ALTER SICHERN

Wenn das Laufen schwerer fällt, wird der Gang zu wichtigen Orten, wie Hausarztpraxis, Post oder Bankfiliale zur Herausforderung. Insbesondere wenn sich z.B. Bankfilialen und andere Angebote aus den Stadtteilen zurückziehen. Der Senat darf die Menschen mit diesen Sorgen nicht alleinlassen und ist gefordert, gute Alternativen aufzuzeigen.

Mehr dazu ab Seite 15

BESSERER SCHUTZ VOR STRAFTATEN

Bremen ist Hochburg für Straftaten zum Nachteil älterer Menschen. In Zeiten von Corona ist die Aufklärung solcher Straftaten leider zu kurz gekommen. Wir fordern besseren Schutz, die Wiederaufnahme von Präventionsarbeit und leicht zugängliche Informationen für ältere Menschen.

Mehr dazu ab Seite 17

MEHR MITSPRACHE UND EINFLUSSNAHME

Zur Verbesserung der Beteiligung von Seniorinnen und Senioren regen wir für Bremen ein Landesseniorenmitwirkungsgesetz an. Zudem befürworten wir ein Bremer Seniorenparlament.

Mehr dazu ab Seite 18

Es steht uns allen ins Gesicht geschrieben: das Leben. Und mit den Jahren verbergen sich hinter immer mehr Lach- und Sorgenfalten vor allem **Erfahrungsschätze**. Sie sind es, die das Altern so wertvoll machen. Das Älterwerden als biologischer Prozess beginnt mit der Geburt. Doch hält sich die Wertschätzung und Würdigung dessen, verglichen mit anderen Kulturen der Welt, in unserer Gesellschaft in zu engen Grenzen.

„Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.“, heißt es. Wir meinen: „Es braucht eine ganze Stadtgemeinschaft, um Ältere einzubeziehen.“ Weil wir sie brauchen und weil sie uns brauchen. Erfahrungen von Mensch zu Mensch, weitergegeben von Generation zu Generation – das macht ein gesundes Gemeinwesen aus. Und diese Lebenserfahrungen sind durch nichts ersetzbar. Darauf basiert unsere Position für eine **wertschätzende Seniorenpolitik**. Im Land Bremen leben etwa **187.500 Menschen** im Alter von **über 60 Jahren**. 47.300 von ihnen sind hochaltrig und blicken auf mehr als 80 Lebensjahre zurück und auf die Jahre, die noch vor ihnen liegen. Denn ein hohes Alter geht heute immer häufiger einher mit Agilität statt Passivität. Vorhaben im Hier und Jetzt, Pläne auf Kurz- und Mittelfrist kennzeichnen den Lebensabend, aber eben auch das Morgen von Seniorinnen und Senioren.

Körperliche, seelische und geistige Fitness durch bewusste Lebensführung und den Fortschritt der Medizin sowie Erleichterungen im Alltag durch ausgefeilte technische Hilfsmittel und zunehmende Barrierefreiheit versetzen Menschen im hohen Alter heute immer mehr in die Lage, mitten im Leben ihrer Familien und der Gemeinschaft zu bleiben. Und dabei geht es ihnen und uns nicht um das bloße Zählen von Lebensjahren, sondern vielmehr um die **Lebensqualität in den Jahren**. Ein **selbstbestimmtes, weitestgehend unabhängiges, würdevolles, sinnstiftendes und aktives Leben** bis zum letzten Atemzug ist möglich. Davon sind wir zutiefst überzeugt und willens, die dafür erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu setzen. Das ist **unser „Altersbild“**, woran wir auch als CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen arbeiten und gemessen werden wollen.

Damit übersehen wir selbstverständlich nicht die mit dem Alter verbundene **Verletzlichkeit**, das ganz natürliche Schwinden von Kräften. Doch ist die Korrelation zwischen Alterungsprozessen und Hilfebedürftigkeit **kein Makel**, sondern Menschlichkeit in der dritten oder vierten Lebensphase nach Kindheit, Jugend und Erwachsenenleben. Wir alle durchlaufen diese Phasen und sollten sie unvoreingenommen mit allen Stärken und Schwächen annehmen. Ein lebenslanges Geben und Nehmen.

Wenn die Bevölkerungsstatistik mit Stand 31.12.2020 für die Stadt Bremen 154.654 Menschen und für die Stadt Bremerhaven 32.895 Menschen im Alter von über 60 Jahren ausweist, dann ist uns bewusst, dass hinter jeder dieser Zahlen bewegte und **vielfältige** Lebensgeschichten stehen. Menschen, die als Kinder den Krieg und die Nachkriegszeit hautnah erleben mussten. Die kräftezehrenden Aufbaujahre haben ihnen auch hier im Land Bremen viel abverlangt und in Familien die nachfolgenden Generationen bis heute geprägt. Mit ihrer Kraft haben sie unser Land zu dem gemacht, was es heute ist. Ihnen verdanken wir unseren heutigen Wohlstand. Unser besonderer Respekt gilt den **hochaltrigen Frauen**: unter den über 80-jährigen beträgt ihr Anteil 62,4 Prozent, unter den über 90-jährigen 72,7 Prozent. Über alle Altersgruppen hinweg liegt der weibliche Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 55,7 Prozent.

Die **durchschnittliche Lebenserwartung** bleibt im Land Bremen unter dem bundesdeutschen Wert, sowohl für Frauen mit 82,77 Jahren (Bund: 83,36 Jahre) als auch für Männer mit 77,34 Jahren (Bund: 78,63 Jahre). Die durchschnittliche **Rentenbezugsdauer** stieg nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung im Zeitraum von 2001 bis 2020 bei Frauen von 18,9 Jahren auf 22,0 Jahre, bei Männern von 13,8 Jahren auf 18,5 Jahre.

In der Stadt Bremen wohnen die meisten Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen Schwachhausen, Obervieland, Hemelingen, Osterholz, Burglesum und Vegesack. Auf Ebene der Stadtbezirke liegen die Anteile der Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung zwischen 21,4 Prozent in Bremen Mitte und 29,9 Prozent in Bremen Nord. Im Land Bremen sind **27,7 Prozent** der hier Lebenden **älter als 60 Jahre**, mithin zählt heute mehr als jeder vierte Mensch zur älteren Generation.

Bevölkerung im Alter von über 60 Lebensjahren (Anteile an Gesamtbevölkerung - Stadtbezirke kumuliert 31.12.2020)

Alter	Bremen Mitte	Bremen Süd	Bremen Ost	Bremen West	Bremen Nord	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven	Land Bremen
90 Jahre +	0,9	0,9	1,2	0,8	1,2	1,1	0,9	1,1
85 Jahre +	2,2	2,8	3,2	2,2	3,4	3,0	2,8	3,0
80 Jahre +	4,9	6,7	7,5	5,3	7,9	7,0	6,8	7,0
75 Jahre +	7,9	10,7	11,9	8,9	12,4	11,1	11,0	11,2
70 Jahre +	12,1	15,3	16,8	13,1	17,5	15,8	16,0	16,0
65 Jahre +	16,4	20,3	22,2	18,0	23,1	21,0	22,0	21,4
60 Jahre +	21,4	26,4	28,5	24,0	29,9	27,2	28,8	27,7

Bevölkerung Stadtgemeinde Bremen im Alter von über 60 Lebensjahren (31.12.2020)

Bremen Stadtteil	absolut	Anteil in %
Mitte	3.883	2,7
Häfen	14	0,0
Neustadt	9.615	6,7
Obervieland	11.411	7,9
Huchting	8.619	6,0
Woltmershausen	3.632	2,5
Schwachhausen	11.968	8,3
Vahr	7.829	5,4
Horn-Lehe	7.916	5,5
Oberneuland	4.715	3,3
Osterholz	11.108	7,7
Hemelingen	11.339	7,9
Findorff	7.265	5,0
Walle	6.869	4,7
Gröpelingen	8.212	5,7
Burglesum	10.680	7,4
Veegesack	10.455	7,2
Blumenthal	8.819	6,1
Bremen Stadt insgesamt	144.349	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen.

Der Anteil älterer Menschen wächst bundesweit. Im Jahr 2000 lag der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen noch bei 17 Prozent, der der über 80-Jährigen bei 4 Prozent. Prognostiziert werden für das Jahr 2040 Anteile von 28 und 9 Prozent. Deutschland liegt bei der Alterung über dem Durchschnitt der EU. Demografisch gilt Sachsen-Anhalt als das „älteste“ und Hamburg als das „jüngste“ Bundesland. Bremen rangiert im unteren Mittelfeld, auch hier schreitet die Alterung der Gesellschaft weiter voran. An der Weser befinden sich derzeit mehr als 21 Prozent im Ruhestand, vor zwanzig Jahren waren es noch 18 Prozent. Der sogenannte **Altenquotient**, der die Anzahl der Personen über 65 Jahren je 100 Personen im Alter von 18 bis 64 Jahre misst, liegt in der Stadt Bremen bei 34, in Bremerhaven bei 37. Hohe Werte mit Blick auf vergleichbare Städte.

Der Altenquotient der Stadt Bremen ist größer als der in Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Stuttgart oder München. Der Altenquotient der Stadt Bremerhaven liegt über dem in Darmstadt, Heilbronn, Offenbach am Main, Oldenburg, Osnabrück, Regensburg oder Wolfsburg.

„Man ist so alt, wie man sich fühlt.“, heißt es ja im Volksmund. Und darum ist das Altsein wie das Jungsein eine in verschiedensten Facetten sehr individuell erlebte Zeit und das Geburtsdatum allein eben nicht das entscheidende Kriterium für die so unterschiedlichen persönlichen Bedürfnisse, Neigungen und Fähigkeiten. Somit ist Politik gut beraten, sich an einer **breiten Palette von Bedarfen** zu orientieren und darauf basierend passfähige Rahmenbedingungen und Angebote für die Menschen im Land zu schaffen und vorzuhalten. Und nicht nur jeweils bezogen auf die frühe, mittlere und reife Lebenszeit, sondern auch ansatzübergreifend auf das **Miteinander von Generationen**. Die Stadtgemeinschaften Bremen und Bremerhaven müssen sich daran messen lassen, wie gut der Austausch zwischen Jung und Alt funktioniert, die Bereicherung der einen durch die andere Generation. Letztlich zählt aus unserer Sicht auf „Altersbilder“ nicht die bloße Anzahl an Lebensjahren, sondern die Fülle an **Lebensqualität** in den Jahren.

EINKOMMEN & AUSKOMMEN

Alter limitiert, schafft zugleich aber auch neue Freiräume. Denn die Zeit, das kostbarste Gut, ist an den Tagen der dritten und vierten Lebensphase weniger limitiert. Es heißt zwar: „Rentner haben niemals Zeit.“, doch erlaubt die Abstinenz von Pflicht im Beruf gerade in den späten Jahren mehr Kür im Privaten. Die Tage sind jetzt gemäß eigenen Vorstellungen, eigener Muße und eigenen Interessen strukturiert. Selbstbestimmung ja, jedoch nicht unbegrenzt. Denn Freiräume und Teilhabechancen im Alter sind eng geknüpft an den sozialen Status im Ergebnis der eigenen Lebens- und Berufsbiografie. Wie auskömmlich das Einkommen über **Rente oder Pension** ist, trägt maßgeblich zum Wohlbefinden im Alter bei.

Die heutige Generation von Seniorinnen und Senioren ist materiell noch gut abgesichert. Prognosen für Deutschland gehen allerdings davon aus, dass **Altersarmut** perspektivisch weiter zunehmen wird. Vor allem gilt das für Frauen, denen wegen Kindererziehung und Teilzeitarbeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rentenpunkte fehlen. Vorausgesagt werden bis zum Jahr 2039 Quoten der Grundsicherung im Alter von 11,9 Prozent und der Armutsgefährdung von 21,6 Prozent. Im Land Bremen lag ausweislich der Amtsstatistik die Armutsgefährdungsquote der über 65-Jährigen im Jahr 2019 bei 15,3 Prozent, 2007 bei noch 8,3 Prozent. Angesichts der aktuellen **Bremer Rekordarmutsquote** von **28,4**

Prozent wird sich in wenigen Jahren die Altersarmut hier noch drastischer zeigen aufgrund fehlender Erwerbsjahre, Mehrfacharbeitslosigkeit, vermehrter Niedriglohnjobs und höchster Anteile von Teilzeitarbeit. Etwa 10.000 über 65-Jährige beziehen im Land Bremen Grundsicherung im Alter nach SGB XII, mehrheitlich Frauen.

Wie bereits in unserem Positionspapier zur Armutsbekämpfung im Land Bremen erneuern wir auch an dieser Stelle unsere Forderungen nach einem **Dreiklang von Bildung, Ausbildung und Arbeit**. Hier ist weiterhin nichts stimmig in der Politik des rot-grün-roten Senats. **Prävention** von Altersarmut muss in frühester Biografie ansetzen: Stärkung frühkindlicher Bildung, Qualität in schulischer Bildung, fachlich fundierte Berufsausbildung, passfähiger Übergang in den Arbeitsmarkt, Sicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Aufstieg im Job, existenzsichernde Löhne mit Sozialbeiträgen, die einen auskömmlichen Lebensstandard im Alter frei von Grundsicherung garantieren. An allen Knotenpunkten in der Erwerbsbiografie sind reibungslose Übergänge wichtig und auch in Verantwortung der Landespolitik durch entsprechende Rahmenbedingungen herzustellen.

Unsere Kritik richtet sich hierbei jedoch auch an die Bundespolitik. Die 2021 eingeführte **Grundrente**, die langjährig Versicherten mit einem unterdurchschnittlichen rentenversicherungspflichtigen Einkommen einen Zuschlag zur Rente gewähren soll, kommt noch immer nicht bei den Menschen an. Viel zu langwierige und ineffektiv organisierte Prüfverfahren lassen die Zielgruppe weiterhin leer ausgehen. Und voraussichtlich wird auch diese Grundrente angesichts steigender **Inflation** schnell aufgebraucht sein und Altersarmut nicht verhindern. Hier ist nachzubessern, auch bei der Anerkennung von Zeiten der Erziehung, Pflege, Ausbildung, Erwerbslosigkeit und bei der Anerkennung von Care-Arbeit von Frauen. Die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern ist noch viel größer als die Entgeltlücke. So betrug im Jahr 2021 der Gender Pay Gap 18 Prozent, der **Gender Pension Gap 46 Prozent** unter Berücksichtigung aller drei Säulen (gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge). Deutschland belegt mit diesem hohen Wert im OECD-Ländervergleich den letzten Platz. Nirgendwo sonst in Europa ist das **Rentengefälle** zwischen den Geschlechtern so groß wie in Deutschland: während Männer hier im Jahr 2021 eine durchschnittliche gesetzliche Rentenzahlung in Höhe von 1.266 Euro pro Monat erhielten, lag die vergleichbare Zahlung für Frauen bei nur 792 Euro. Der Verzicht auf Rentenanwartschaften in typisch weiblichen Biografien durch die Aufgabe oder die Reduktion von Erwerbstätigkeit bei Übernahme von Familienaufgaben drückt sich nachhaltig im Rentenbescheid aus.

Eine Folge nicht ausreichender Alterssicherung ist die Zunahme von **Erwerbstätigkeit im Rentenalter**. Wesentlich häufiger als noch Mitte der 1990er Jahre ist der Bezug einer Altersrente oder Pension heute nicht mehr gleichbedeutend mit dem Ende der Erwerbstätigkeit. Einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge gehen 15 Prozent der 65- bis 69-jährigen und 13 Prozent der 70- bis 74-jährigen Rentnerinnen und Rentner einer bezahlten Arbeit nach. Dabei handelt es sich sowohl um die Fortführung der beruflichen Tätigkeit über den Rentenbeginn hinaus als auch um die Aufnahme einer neuen abhängigen oder selbstständigen Tätigkeit im Rentenalter. **Spaß** an der Arbeit, das Bedürfnis nach einer sinnvollen **Aufgabe** und soziale **Kontakte** – das sind neben dem finanziellen Aspekt die Hauptmotive.

Im Land Bremen arbeiteten Mitte des Jahre 2020 etwa 3.500 über 65-Jährige (davon: 2.100 Männer und 1.400 Frauen) in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Mehrheit jedoch, etwa zwei Drittel der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner, geht einer **geringfügigen Beschäftigung** nach, knapp 23 Prozent führen ihre Selbstständigkeit fort.

Ungezählt sind die vielen älteren Menschen, die sich nach ihrem aktiven Berufsleben ehrenamtlich engagieren. Die sich derzeit in Überarbeitung befindende **Ehrenamtsstrategie** des Senats muss daher um wichtige Punkte ergänzt werden. Der Aspekt der familiären Pflege fehlt gänzlich, sind es doch die pflegenden Angehörigen, die das Rückgrat der deutschen Pflegeversicherung im Zusammenspiel mit den professionellen Fachkräften bilden. In den Vereinen und bei den Trägern sind es immer wieder gerade die älteren Menschen, die sich ehrenamtlich in wichtigen Positionen engagieren. Dies sollte aus unserer Sicht stärker honoriert werden.

GESUNDHEIT & PFLEGE

Neben dem Sozialstatus und dem Auskommen mit dem Einkommen ist als weiterer **limitierender Faktor** die **Gesundheit** im Alter von großer Bedeutung. Krankheit bremst Menschen in allen Lebensjahren aus, führt in Kindheit und Jugend zu Entwicklungsrückständen, im Erwachsenenalter zu Erwerbsausfällen und Erwerbsminderungen, besonders aber in der dritten und vierten Lebensphase zu noch mehr Abhängigkeit, weniger Selbstbestimmung und Teilhabe, Gebrechlichkeit und beschwerter Genesung. Insbesondere dann, wenn der Partner oder die Partnerin nicht mehr lebt und die Familie oft wegen beruflicher Flexibilität nicht zeit- und wohnortnah verfügbar ist.

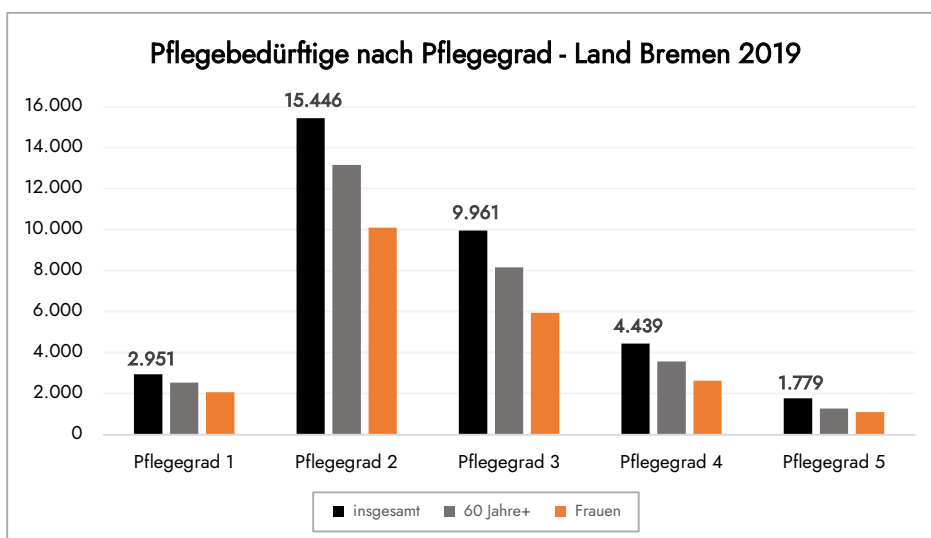
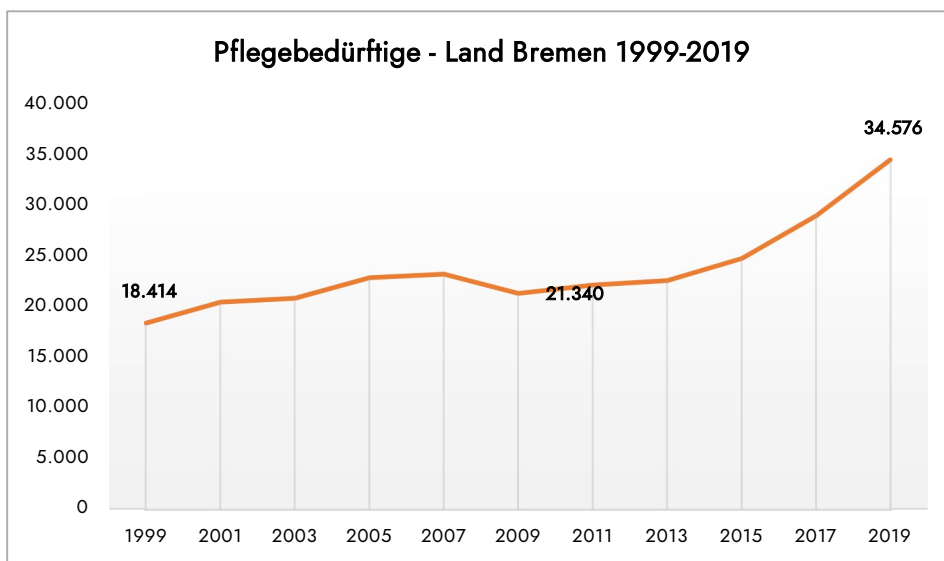
Gerade im Interesse und in der Abwägung zwischen gewonnenen Lebensjahren und Qualität von Lebensjahren gewinnt das Konzept der „**gesunden Lebenserwartung**“ immer mehr an Bedeutung. In Anbetracht einer allgemein steigenden Lebenserwartung interessiert zunehmend, ob mit dem Gewinn an Lebensjahren ein längeres Leben in guter oder schlechter Gesundheit einhergeht. Der Indikator „gesunde Lebensjahre“, auch als behinderungsfreie Lebenserwartung bezeichnet, wird in Deutschland mit 68,5 Jahren für Frauen und 64,8 Jahren für Männer berechnet. Allerdings sind **beschwerdefreie Lebenszeit**, die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen und Behinderungen, Agilität trotz Senilität im natürlichen Prozess des Alterns oft ein Privileg von Menschen mit höherem Einkommen, während armutsgefährdete Menschen insgesamt mehr mit gesundheitlichen Einschränkungen zu kämpfen haben.

Im Rückblick auf die letzten Jahre der **Corona-Pandemie** kommen wir zu der Einschätzung, dass das beschriebene „Altersbild“ von der rüstigen und aktiven Generation bröckelte und zu einseitig auf senile bis debile Zuschreibungen verengt wurde. Ähnlich, wie bei der Gleichstellung der Frau, erlebten wir ein „**Rollback**“. Da waren wir doch gesellschaftlich in Sachen Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Teilhabe und würdevolles Sterben gesellschaftlich schon viel weiter. Im Jahr 2019 konnten in Deutschland 65-jährige Männer durchschnittlich mit weiteren 11,5 Jahren und 65-jährige Frauen mit weiteren 12,8 Jahren in guter Gesundheit rechnen. Damit verbunden war die Aussicht, noch mehrere Jahre aktiv am Arbeitsmarkt, im Ehrenamt und in der Familie mitten im Leben zu stehen. Doch plötzlich trat das an Potenzialen, Resilienz und Leistungsfähigkeit orientierte Bild vom Altern hinter Krankheit, Gebrechlichkeit und genereller Schutzbedürftigkeit in den Hintergrund.

Ältere Menschen wurden wenig differenziert wieder als **eine große vulnerable Gruppe** gesehen und behandelt. In durchaus berechtigter Sorge um ihren Gesundheitsschutz müssen wir konstatieren, dass damit aber auch überholte Vorurteile neu bedient wurden. Gesellschaftlich zurückgeworfen im Wandel und in der Vermittlung realistischer Altersbilder, ist eine Aufarbeitung von getroffenen Maßnahmen und ihrer Auswirkungen erst noch zu leisten. Hier fordern wir den Bremer Senat zum Prüfen und Handeln auf. Nicht alles war verhältnismäßig, nicht alle – auch von uns mitgetragenen – politischen Entscheidungen waren zum Wohl der Seniorinnen und Senioren, insbesondere nicht für jene in den Alten- und Pflegeeinrichtungen des Landes. Das Bild vom Altern ist wieder gerade zu rücken, die **Grenzziehung zwischen Fremd- und Selbstbestimmung zu korrigieren**. Menschenwürde und Eigenverantwortung müssen auch im hohen Alter für Jede und Jeden angemessen gesichert sein. Die zurückliegende Zeit der Pandemie als wichtigste Ressource eines Menschen ist unwiederbringlich. Die Lehren aus dieser Zeit

jedoch verstehen wir als Zukunftsauftrag, Menschen nicht in Einsamkeit zurückzulassen und ihnen ein würdevolles Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, so hat ihn die Pandemie geliefert: Das beste Altenheim ist und bleibt das eigene Heim, die Familie. Doch mit dem Älterwerden geht der Wunsch nach Verbleib in vertrauter Umgebung nicht für alle in Erfüllung. Immer mehr hochaltrige Menschen geraten in die **Pflegebedürftigkeit**, wenn sie, wie im SGB XI definiert, (dauerhaft) ihre körperlichen, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingten Belastungen und Anforderungen nicht selbstständig kompensieren oder bewältigen können. Und nicht überall reicht die eigene und/oder die Kraft der Angehörigen zum Verbleib in den vertrauten vier Wänden.



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Darstellung.

Ende des Jahres 2019 waren im Land Bremen **34.576 Menschen pflegebedürftig**, davon 21.854 Frauen (63,2 Prozent). Die Zahl steigt stetig: zehn Jahre zuvor waren es 21.340 und zwanzig Jahre zuvor 18.414 Menschen. Der Trend ist ungebrochen, auch in den kommenden Jahren mit weiter steigender Pflegebedürftigkeit zu rechnen. Diese demografischen Entwicklungen erfordern ein laufendes Engagement beim Ausbau häuslicher, ambulanter und stationärer Pflegestrukturen in unserem Bundesland. Die einst von der CDU auf den Weg gebrachte **Pflegeversicherung** muss auch künftig sozial gerecht ausgestaltet werden. Wir wollen sie stetig an die sich ändernden Lebensbedingungen anpassen und verbessern. Nicht zuletzt müssen hierzu Beiträge, Rechte, Leistungen und Antragstellung transparenter gestaltet werden.

Die gute Nachricht ist, dass die **allermeisten** Pflegebedürftigen auch in Bremen **häuslich** versorgt werden: nahezu die Hälfte aller Pflegebedürftigen allein durch Angehörige, ein weiteres Viertel mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste. Der Anteil der Bedürftigen, die **vollstationär** in Heimen wohnen und gepflegt werden, liegt bei **18 Prozent** und etwas unter dem Bundesdurchschnitt. Nach Auskunft des Evaluationsberichts zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) vom Dezember 2021 kann daraus nicht geschlossen werden, ob es in Bremen geringere Bedarfe an Heimplätzen oder aber ein zu geringes lokales Angebot an Heimplätzen gibt.

Apropos **Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht**. Derzeit stehen im Land Bremen mehr als **9.000 Menschen** unter dem gesetzlichen Schutz, davon 6.930 Menschen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen und 225 in anbieterverantwortete Wohngemeinschaften mit Unterstützungsleistungen und Schwerpunkt Pflege. Doch wie ist es tatsächlich um deren Schutz bestellt? Die Umsetzung des landesrechtlichen Beratungs- und Überwachungsauftrags ist äußerst **kritikwürdig**. Die der Sozialbehörde unterstehende Aufsicht ist zu keiner Zeit umfassend ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen. Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 trägt der Bremer Senat dafür die volle Verantwortung. In keinem Jahr wurden die vorgeschriebenen Regelprüfungen auch nur annähernd in den nahezu 200 Pflege- und Betreuungseinrichtungen durchgeführt. Im Jahr 2019 und schon vor der Corona-Pandemie wurden lediglich 2 Einrichtungen regelgeprüft. Auch die Breite der der Aufsichtsbehörde gesetzlich an die Hand gegebenen Instrumente zur Sicherung menschenwürdiger Pflege bleiben weitestgehend ungenutzt.

Im laufenden Jahr steht die **Novellierung des BremWoBeG** an, die die CDU-Bürgerschaftsfraktion für eine schonungslose Bilanz und Verbesserungsvorschläge für den

konsequenteren Schutz der in den Heimen lebenden Seniorinnen und Senioren nutzen wird. Wir wollen, dass auch hochbetagte Menschen in stationären Einrichtungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstbestimmt und in Würde leben und entsprechend ihren Bedürfnissen versorgt werden.

Als CDU-Bürgerschaftsfraktion stellen wir über die stationäre Pflege hinaus aber auch viel stärker die **häusliche und ambulante Pflege** in den **politischen Fokus**. 28.400 pflegebedürftige Menschen beziehen im Land Bremen die Hauptpflegeleistungen in einem rein privaten Wohnumfeld. Dabei leisten insbesondere und unbezahlt die Angehörigen Unglaubliches, sei es als selbst hochbetagte Partner oder Partnerinnen oder als berufstätige Kinder und Enkel. Insbesondere den ungezählten Frauen, die zwischen Beruf, Kinderbetreuung und Pflege ihren Alltag jonglieren, gilt Anerkennung und Respekt für diese Leistungen, denn sie sind es, die in der großen Mehrzahl pflegen. Für sie wollen wir mehr Aufmerksamkeit und **Entlastungsprogramme** seitens der Landespolitik auf den Weg bringen.

Darüber hinaus betonen wir, dass auch die Pflegebedürftigen in privater und ambulanter Versorgung, auch wenn sie nicht vom Radar des BremWoBeG erfasst werden, **schutzbedürftig** sind. Gerade weil die soziale Pflegeversicherung an ihre Grenzen gerät und der damit verbundene Kostendruck auf private Anbieter wächst, braucht es auch hier **Kontrolle** und vor allem verbesserte **Rahmenbedingungen**. Diese Forderung richtet sich an die amtierende Bundesregierung, zukunftsorientiert Pflege auf sichere Finanzierung zu stellen. Zudem gilt es, die **pflegenden Angehörigen** stärker zu **unterstützen** und ihre Leistungen zu honorieren. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht eine Erhöhung des Pflegegeldes vor, darüber hinaus die Einführung eines gemeinsamen Budgets für Kurzzeit- und Verhinderungspflege, welches von den Betroffenen flexibel eingesetzt werden kann. Wir fordern eine zeitnahe Umsetzung dieser wichtigen Maßnahmen.

Ambulante wie stationäre Pflegeleistungen geraten heute schon an ihre **Kapazitätsgrenzen**. Der zunehmende Fachkräftemangel in der Pflege ist spürbar, auch das Land Bremen ist vom drohenden Pflegenotstand nicht ausgenommen. Das Tauziehen um gute Köpfe in der Pflege hat längst begonnen und wird sich mit den ersten Absolventinnen und Absolventen der dreijährigen **generalistischen Berufsfachkraftausbildung** noch verstärken. Dann stimmen junge examinierte Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner ab **2023** mit den Füßen ab, ob sie diese beim Berufseinstieg in die Kliniken oder in die Pflegeeinrichtungen tragen, je nach persönlichen Interessen und Neigungen aber vor allem auch in Abhängigkeit von Entlohnung, Arbeitsbedingungen und Jobflexibilität.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Krankheitsbild **Demenz**. Nach Auskunft der Deutschen Alzheimer Gesellschaft lebten 2020 in der Bundesrepublik 1,6 Millionen

Menschen mit anhaltenden oder fortschreitenden Beeinträchtigungen des Gedächtnisses und Denkens. Man rechnet mit einem Anstieg von Demenzerkrankten um 900 pro Tag, demnach werden im Jahr 2050 voraussichtlich 2,4 bis 2,8 Millionen Menschen betroffen sein. Im Jahr 2019 wurden in einer bundesweiten Auswertung von Daten der hkk Krankenkasse für das **Land Bremen 4,4 Prozent** der über 60-jährigen dort Versicherten mit einer Demenzdiagnose erfasst – der **höchste Anteil im Bundesvergleich**. Im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie werden in den Jahren 2020 bis 2026 über 160 Maßnahmen umgesetzt. Auch im Land Bremen sind solche Initiativen mehr geboten, um die Situation von Patientinnen und Patienten und ihren Angehörigen in allen Lebensbereichen nachhaltig zu verbessern. Zuallererst geht es dabei in kommunaler Verantwortung um eine **demenzsensible** Gestaltung von Sozialräumen, um die Schaffung passender Mobilitätsangebote und neue **lokale Allianzen** in Demenznetzwerken. Unser Blick ist gerichtet auf neue Formen von Lebensräumen mit maximaler Bewegungsfreiheit und der Gewährleistung eines möglichst normalen Tagesablaufs. Gelebte Beispiele sind für uns die **Demenzdörfer** „De Hogeweyk“ in der Nähe von Amsterdam und „Tönebön am See“ bei Hameln – Wohnanlagen, die auf die speziellen Bedürfnisse Demenzkranker ausgerichtet sind und die wir uns auch im Land Bremen vorstellen können und politisch fördern wollen. Ganz im humanitären Sinne: Kein Mensch geht verloren und aktive alltägliche Begegnung findet statt.

Unsere besondere Unterstützung gilt Menschen, die mit **Schwerbehinderungen im Alter**, also einem Behinderungsgrad von 50 und mehr unter uns leben. Im Land Bremen sind etwa 54.000 über 60-jährige als Schwerbehinderte nach SGB XI auf Unterstützungsleistungen angewiesen, vor allem im Alter von 70 bis 80 Jahren deutlich mehr Männer als Frauen. Die natürlichen Gebrechen und Beschwerden in der letzten Phase des Lebens brauchen menschliche Begleitung bis zum letzten Atemzug. Zu den **häufigsten Todesursachen** Hochbetagter zählen seit Jahren Krebserkrankungen, Krankheiten des Kreislauf- und Atmungssystems sowie psychische und Verhaltensstörungen. Eine angemessene und **würdevolle Sterbebegleitung** ist sicherzustellen, vor allem für Menschen, die nicht im familiären Kreis ihren Abschied finden können. Unser Dank und Respekt gilt allen haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den Hospizen, in der ambulanten Begleitung und auf den Palliativstationen.

MOBILITÄT & DIGITALISIERUNG

Ob im Heim oder daheim – bedeutsam sind **Bewegung, körperliche und geistige Mobilität** im Alter. Sogenannte Alterserscheinungen können damit verzögert, vermieden und kompensiert werden. Sich auf immer neue Situationen im Leben schnell einstellen zu

können, erfordert in allen Lebensphasen, erst recht im (Un)Ruhestand, das Zusammenspiel von physischer und psychischer Leistungskraft.

Eine wesentliche Komponente unseres politischen Leitbildes vom „Aktiven Altern“ ist das lebenslange Lernen. Immer mehr Betriebe und öffentliche Verwaltungen wollen ihre rentenberechtigten Beschäftigten halten. So gehören ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht mehr per se zum „alten Eisen“. Gleichsam erhöhen sich damit die Bedarfe von Zusatz- und Aufholqualifikationen im Job, **lebenslanges berufliches Lernen** ist **en vogue**. Angesichts des Fachkräftemangels steigt der Bedarf an auf der Höhe der Zeit gut ausgebildetem und erfahrenem Personal. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) stellt in seinen aktuellen Befunden des Deutschen Alterssurveys 2020/2021 fest, dass über die Hälfte der erwerbstätigen Menschen im Alter von 46 bis 65 Jahren in den letzten drei Jahren an beruflichen Weiterbildungen teilgenommen hat.

Auch jenseits des Erwerbslebens bestehen **Bildungsbedarfe** und **Bildungsbereitschaft**. Von den 66- bis 75-jährigen besuchen knapp 28 Prozent Kurse oder Vorträge zur Fort- und Weiterbildung, von den 76- bis 90-jährigen noch 15 Prozent. Aufgrund größerer zeitlicher Ressourcen nehmen Personen im Ruhestand mit höherer Frequenz an Bildungsveranstaltungen teil als Personen im Erwerbsalter. Politik ist aufgerufen, die Vielfalt von Bildungsangeboten und ihre Sichtbarkeit für diese Altersgruppe stärker zu fördern und insbesondere für Rentnerinnen und Rentner mit spärlicher Alterssicherung den **kostenfreien Zugang** zu solchen Angeboten zu ermöglichen. Zudem ist es uns ein Anliegen, die Zielgruppe selbst stärker in die Erstellung von Bildungsangeboten aktiv einzubeziehen.

Zur geistigen Fitness tragen nicht nur Faktenwissen, sondern vor allem die **Muße** bei. Altersentsprechende Kulturangebote, die Freude an gelebter Literatur, an Musik, Kunst, Gesang, Gymnastik und Tanz, der Erhalt körperlicher Fitness und Beweglichkeit auch für Menschen, die sich keine Mitgliedschaft im Sportverein oder Fitnesscenter leisten können, das Bewahren des Geschicks bei handwerklichem Stricken, Töpfern, Malen oder das Training der grauen Zellen beim Rätseln, Karten- oder Würfelspiel – all das gehört zum gesunden aktiven Altern dazu und ist in der Vielfalt über **öffentliche und private Strukturen** zu ermöglichen. Und auch ehrenamtliche Aktivitäten können sehr dazu beitragen, das Leben gemeinsam statt einsam zu verbringen und erworbene Kompetenzen noch lange zu nutzen und zu erhalten. Menschen, denen Anerkennung für übernommene Aufgaben entgegengebracht wird, weil sie gebraucht werden, erfahren, dass sie ihren Alltag insgesamt mental gestärkt gestalten und erleben dürfen.

Eine quasi lebensnotwendige Komponente ist die **räumliche Mobilität** im Sinne der Erreichbarkeit zwischen Wohnort und den Standorten der alltäglichen Infrastruktur. Die

ausgerufene Vision einer „10-Minuten-Stadt“ Bremen ist gerade für Ältere heute eine Illusion und erweist sich vielmehr als eine „**10-Barrieren-Stadt**“, wenn wichtige Orte, wie Hausarztpraxis, Apotheke, Post- und Bankfiliale, Friseursalon, Bäcker, Discounter, Schwimmbad, Turnhalle, Begegnungshaus, Haltestellen oder grüne Spazierwege eben nur schwerlich erreichbar sind. Insbesondere dann, wenn das Gehen schwerfällt und Treppenstufen zu hohen Barrieren werden oder das Plus rollender Räder sich in überfüllten Bussen und Bahnen in ein Minus verwandelt. Hinzu kommen Gefühle des Unbehagens und **Sicherheitsbedenken** an markanten Knotenpunkten und Haltestellen der Stadt. Nicht zuletzt fehlende Sitzgelegenheiten und Toiletten im öffentlichen Raum bereiten besonders älteren Menschen Probleme. Viele **bekannte Baustellen**, mit denen sich hochbetagte Bremerinnen und Bremer seit Jahren konfrontiert sehen und die dringend zu bearbeiten sind. Wir fordern den Senat auf, sich mehr für den Erhalt der Daseinsvorsorge einzusetzen, für ältere Menschen gangbare Alternativen aufzuzeigen. Hierzu gehören beispielsweise Bank-, Sparkassen- und Postfilialen, deren Dienstleistungen erreichbar sein müssen. Eine gleichberechtigte soziale und wirtschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter ist bei verpflichtender Vorhaltung von Versorgungsangeboten und Ansprechpersonen möglich.

Zur Überwindung von Barrieren richtet sich der Appell aber auch an die ältere Generation selbst. Die Rede ist von der **Digitalisierung**, dem gesellschaftlichen **Megatrend**. So hält sich das Bild von vermeintlich technikscheuen Älteren hartnäckig. Auch wenn es überzeichnet ist und viele Seniorinnen und Senioren mit ihren Smartphones und Tablets flott im Internet unterwegs sind, gibt es hier **Aufhol- und Förderbedarfe**. Wir sehen hier die Politik in der Verantwortung, Angebote zur Stärkung von digitaler Kompetenz zu unterbreiten und bekannt zu machen, aber auch eine Holschuld in Sachen Akzeptanz und Nutzung. Aus dem Achten Altersbericht zum Schwerpunktthema „Ältere Menschen und Digitalisierung“ aus dem Jahr 2020 und der Stellungnahme der Bundesregierung geht hervor, dass fast 90 Prozent der 61- bis 66-jährigen, fast 81 Prozent der 67- bis 72-jährigen, fast 65 Prozent der 73- bis 78-jährigen und fast 40 Prozent der 79- bis 84-jährigen Zugang zum Internet haben (Daten des Deutschen Alterssurvey im Erhebungsjahr 2017).

Doch wie werden die Möglichkeiten genutzt? Und warum nicht? Ältere Menschen sehen mehr als junge Menschen neben möglichen **Vorteilen** eben auch einige **Nachteile**, insbesondere dann, wenn Möglichkeiten zur Begegnung und zum persönlichen Austausch verloren gehen. Ihre **Lebenserfahrungen** sprechen eine andere Sprache. Die direkte **Kommunikation** von Mensch zu Mensch im Quartier, im Kiez, im Stadtteil hat für ältere Menschen eine sehr hohe Bedeutung. Hinzu kommt eine zwischen den Geschlechtern **unterschiedliche Affinität**: derzeit sind nur 39 Prozent der über 80-jährigen Onliner Frauen, während sie in dieser Altersgruppe zwei Drittel der Bevölkerung insgesamt ausmachen.

Überzeugung für ein Mehr an Nutzung digitaler Angebote funktioniert nur über vertrauensbildende Maßnahmen und Praxisanwendung, wenn erlebt wird, dass sich damit mehr **Chancen** als **Risiken** verbinden. Vorbehalte gegen die Anwendung von technischen Assistenzsystemen und Hilfsmitteln im häuslichen Bereich lassen sich am ehesten abbauen, wenn damit die Aussicht besteht, assistiert selbstständig und länger in den eigenen vier Wänden leben zu können. Dann und wenn die Angebote seniorengerecht sind, wächst die **Akzeptanz** gegenüber digitalen Technologien und die **Bereitschaft** bei potentiellen Nutzerinnen und Nutzern, **Anwendungskompetenzen** auch noch im hohen Alter zu erwerben. Smart-Home-Systeme, Haushaltsroboter, Einbruchsicherungen, Treppenlifte, Kommunikations- und Notrufsysteme, Telemedizin, Gesundheits-Apps oder technische Assistenzsysteme im Haushalt und in Kraftfahrzeugen sind nur einige Beispiele an Hilfsmitteln zur Erleichterung des Alltags im trauten Heim.

EINSAMKEIT & GEMEINSAMKEIT

Digitale Technologien können älteren Menschen nicht nur körperlich, sondern auch kommunikativ Hilfe bei sozialer Integration und zur Vermeidung von Einsamkeitsgefühlen leisten. Jedoch wollen wir betonen, dass **Einsamkeit** nicht begrenzt nur eine Erscheinung und ein Leiden im Altsein ist. Und nicht jedes Alleinsein bedeutet immer Einsamkeit. Einsamkeit und Isolation sind ein wachsendes **generationenübergreifendes Phänomen** und für viele Menschen ein gefühltes persönliches aber auch gesellschaftliches Problem. Online-Kontakte können die reale Welt teilweise ergänzen, aber niemals ersetzen. Das gilt für Jung und Alt.

Im Alltag auf sich allein gestellt zu sein, wiegt im Alter besonders schwer, wenn Menschen mit zunehmenden körperlichen und geistigen Einschränkungen zur Zielscheibe von strafrechtlichen Delikten werden. Bremen war in den vergangenen Jahren eine Hochburg für **Straftaten zum Nachteil älterer Menschen** (kurz: SÄM) mit vermehrten Delikten, wie „Enkeltrick“ und „Polizisten-Masche“. Laut SÄM-Statistik wurden im Jahr 2021 in der Stadtgemeinde Bremen 934 versuchte und 246 vollendete Straftaten zum Nachteil älterer Menschen registriert, in der Stadt Bremerhaven 177 Versuche und 90 Vollendungen. In der Regel sind die Geschädigten über 60 Jahre alt. **Aufklärung** ist für uns der allererste Ansatz zur Bekämpfung dieser Straftaten. Auch wenn wir anerkennen, dass hier schon viel Präventionsarbeit von Seiten der Polizei und im Zusammenwirken mit Netzwerken für ältere Menschen geleistet wird, mussten wir doch feststellen, dass gerade in Zeiten von

Corona die Aufklärung leider viel zu kurz gekommen ist. Als CDU-Bürgerschaftsfraktion fordern wir die Wiederaufnahme **regelmäßiger Präventionsarbeit**, unnachgiebige, verlässliche und leicht zugängliche Informationen für ältere Menschen. Besonderen Wert

legen wir auf **Achtsamkeit** wie **Opfernachsorge** und betrachten beides als gesellschaftliche Aufgabe. Zudem regen wir auch für den SÄM-Bereich eine **verbesserte Zusammenarbeit** mit den Strafverfolgungsbehörden der anderen Bundesländer an, da Täterbanden grenzübergreifend agieren. Und nicht zuletzt geht es auch um die stärkere **Bekämpfung** von **Clan-Kriminalität**, die immer wieder im Zusammenhang gerade mit Betrugsmaschinen gegenüber Seniorinnen und Senioren in Erscheinung treten.

Wenn für ältere Menschen insbesondere durch multiple Problemlagen, wie nachlassende Gesundheit, eingeschränkte Mobilität und Partnerlosigkeit, das Risiko des Leidens an sozialer Isolation zunimmt, dann sind „**Kümmererstrukturen**“ in den Quartieren und die Vernetzung von Dienstleistungen im Sozialraum umso wichtiger. Hier sind die Stadtteile in Bremen und Bremerhaven strukturell gut aufgestellt; das erkennen wir an. Bundesweit gibt es rund 530 Mehrgenerationenhäuser als Begegnungsorte und Anlaufstellen mit niedrigschwelligen und wohnortnahen Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten, offen für alle Menschen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen Generationen und Kulturen. In der Stadt Bremen werden **vier Quartierszentren** als „Mehrgenerationenhäuser“ über das Bundesprogramm gefördert (Lüssum, Neue Vahr Nord, Schweizer Viertel, Hemelingen). Verbesserungs- und Erweiterungsbedarfe sehen wir beispielsweise beim niedrigschwelligen und kostengünstigen Einstieg in Mittagstisch- und Kaffeetafelangebote.

Fraglich jedoch ist **mangels** wissenschaftlicher **Evaluation**, wie diese Strukturen tatsächlich mit Leben gefüllt sind und ob die Unterstützungsleistungen als echte Lebenshilfe bei den Hochbetagten in der Mitte unserer Stadtgemeinschaften auch ankommen. Wie oft finden ältere Menschen auch in Flucht vor Einsamkeit den Weg in die Mehrgenerationenhäuser und Senioren-Begegnungszentren? Welche Angebote nehmen sie dort wahr, von welcher Qualität sind die Angebote und inwiefern passen sie zur Nachfrage? Wie oft treffen denn tatsächlich die Generationen in den Mehrgenerationenhäusern aufeinander? Hier sehen wir erheblichen Aufklärungsbedarf aber auch Defizite im politischen Denken und Handeln hinsichtlich eines gelebten Miteinanders von **Jung und Alt**. Wir regen „**Tandem-Programme**“ zwischen Jung und Alt in sämtlichen Lebensbereichen an und dafür verankerte Zuständigkeiten in allen Politikressorts. Hierzu wollen wir zunächst die Expertinnen und Experten in Sachen Lebensgestaltung im Alter, also die Seniorinnen und Senioren im Land Bremen selbst zu ihrer Situation, ihren Wünschen und Forderungen an die Politik befragen. Ihre authentischen Auskünfte sind uns wichtig und im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode 2023 - 2027 für uns der Maßstab zur Gestaltung einer modernen wertschätzenden Seniorenpolitik Made in Bremen. Wir nehmen die vielen Bekundungen der Interessensvertretungen auf. Prüfen wollen wir die Etablierung eines **aktiven Seniorenparlaments** (unabhängig vom Behindertenparlament) und ein **Seniorenmitwirkungsgesetz** auf Landesebene diskutieren und ausloten. Nur gemeinsam können wir ein **realistisches Bild des Alters** in seinem Facettenreichtum und in seiner

Vielschichtigkeit zeichnen, Defizite ausmachen, benennen und durch kluge Strategien und Angebote vor Ort beseitigen. Wir ermutigen alle älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich in diesen Prozess einzubringen, jede Stimme ist wichtig und wird gehört. Sie sollen in die Lage versetzt werden, ihre Themen selbst verstärkt in den Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Diskussionen zu stellen.

Strategien für eine moderne und passfähige Landesseniorenpolitik erfordern detaillierte Kenntnis über Entwicklungen und Strukturen. Aktuelle Lagebilder basierend auf aktuellen Daten? Fehlanzeige. Der letzte „**Altenplan**“ für die Stadt Bremen erschien im Jahr **2007!** Vergreiste Lagebilder zur Steuerung einer neuen zukunftsgerichteten Seniorenpolitik? Das verträgt sich nicht. Bereits im Jahr 2017 hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit eigenem Antrag in der Stadtbürgerschaft (Drucksache 19/527S vom 19.06.2017) den Senat aufgefordert, einen aktualisierten Alten- bzw. Seniorenplan vorzulegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der koalitionstragenden Fraktionen abgelehnt. Hiermit erneuern wir unsere **Forderung** an den Senat nach Vorlage seriöser Daten noch in der laufenden Legislatur und in enger Abstimmung mit der Sozialplanung in der Stadtgemeinde Bremerhaven. Gemeinsam statt einsam für eine optimale, zeitgemäße und vorausschauende Seniorenpolitik.

Erstmals wird derzeit im Auftrag der Bundesregierung der Deutsche **Hochaltrigkeitssurvey**: „Hohes Alter in Deutschland (D80+)“ in Kooperation des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) mit der Universität Köln erstellt, dessen Ergebnisse Ende 2022 vorliegen. Sicher auch für das Land Bremen eine wichtige Quelle mit zu erwartenden Hinweisen für eine **Fortschreibung** längst verstaubter kommunaler Leitlinien. Kernthemen neu aufzulegender Pläne sind nachhaltige Sorgestrukturen in den Stadtbezirken sowie Bedarfe an Wohn- und Betreuungsformen in ausreichender Quantität und Qualität.

Wie will ich im Alter wohnen und leben? Frühzeitige Planungen und die Umsetzung von Vorhaben sind unerlässlich, staatlich wie auch individuell. Hierbei ist die gesamte **Vielfalt** möglicher Strukturen und Lebensformen in den Blick zu nehmen. Längst schon bestehen die Alternativen nicht mehr nur in der bloßen Abwägung zwischen Verbleib in der Wohnung oder Pflegeheim. Es gibt **zahlreiche Impulse** für neue und kombinierte **Formen des Wohnens und Betreuens** im Alter. Dabei kommt der altersgerechten Wohnanpassung in den eigenen vier Wänden immer mehr Bedeutung zu. Barrierefreiheit im Alter gepaart mit professioneller ambulanter Pflege, mit Serviceleistungen privater Anbieter und/oder staatlich finanzierter aufsuchender Altenarbeit, ein spätes Leben in speziellen Pflege-Wohngemeinschaften, Wohnen wieder in Familie unter dem Dach der Kinder und/oder mit Pflege durch Angehörige oder alternative Wohnformen, wie Wohnen mit Service durch Hausgemeinschaften, in Senioren-Wohngemeinschaften oder generationenübergreifendes Wohnen in Wohnanlagen, Wohnen mit intergenerationeller und/oder intragenerationeller Solidarität – der Verwirklichung individueller Wünsche und Möglichkeiten eines passfähigen Lebensraums im Alter sind keine Grenzen gesetzt.

Enormen Aufholbedarf und politischen Handlungsbedarf sehen wir vor allem bei der Unterstützung von baulichen **Wohnanpassungen** und dem Bau von geförderten altersgerechten, vor allem barrierefreien Wohnungen. Laut Mikrozensus waren 2018 lediglich 1,5 Prozent der Wohnungen in Deutschland barrierearm. Bis zum Jahr 2035 prognostiziert die Bundesregierung eine Versorgungslücke von rund zwei Millionen altersgerechten Wohnungen. Diese aktuellen und prognostizierten Bedarfe sind auch für die Städte Bremen und Bremerhaven detailliert zu erfassen.

Im Weiteren sehen wir erheblichen **Handlungsbedarf** bei der zeitlichen und finanziellen Entlastung **pflegender Angehöriger**. Denn sie sind es, die den Löwenanteil an Pflege tagtäglich leisten und den Verbleib ihrer Eltern und Großeltern in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Und sie sind es, die im Familienkreis Gemeinsamkeit statt Einsamkeit leben.

DEN JAHREN MEHR LEBEN!

LEITBILD UND FORDERUNGEN DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION FÜR EIN AKTIVES ALTERN IM LAND BREMEN

1. Auch 20 Jahre nach Verabschiedung des Madrid International Plan of Action on Ageing (MIPAA), seiner Regionalen Implementierungsstrategie (RIS) und eingebettet in den Nationalen Aktionsplan Deutschlands zur Umsetzung des Weltaltenplans haben die darin verankerten Verpflichtungen nichts an Bedeutung verloren. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bekennt sich dazu und formuliert mit dem vorliegenden Positionspapier ein eigenes lokales **Leitbild** für eine wertschätzende Seniorenpolitik im Land Bremen. Altern ist für uns **kein Makel**, es gehört zum Leben, beinhaltet vielfältige Lebensformen, bedeutet heute mehr denn je **Aktivität, Selbstbestimmung** und ein **würdevolles Sterben**. Es braucht dazu ganze Stadtgemeinschaften in Bremen und Bremerhaven, das Miteinander und Füreinander der Generationen.

Nicht die bloße Zahl an Lebensjahren, sondern die **Lebensqualität** in den späten Jahren zählt. Den Jahren mehr Leben! Dafür stehen wir und sehen in dieser Maßgabe unsere politische Verantwortung auf Landes- und kommunaler Ebene. Dazu gehört zuallererst die Vermittlung eines realistischen Bildes von der **Heterogenität des Alters** im öffentlichen Bewusstsein. Unterschiedliche Lebenslagen im Alter erfordern unterschiedliche Angebote. Unabhängig von gesundheitlichen und materiellen Ressourcen, vom Bildungsstand und Sozialstatus, von Kompetenzen, Erfahrungen und Einstellungen, von Wohnort, Herkunft, Religion und Geschlecht ist gesellschaftliche **Teilhabe** durch entsprechende Rahmenbedingungen politisch zu garantieren.

2. Der vergreiste „Altenplan“ des Bremer Senats aus dem Jahr 2007(!) steht exemplarisch für dessen Handlungsunfähigkeit bezüglich einer zeitgemäßen Landessenienpolitik. Allen Ernstes verweist die aktuelle Homepage der Sozialsenatorin auf verstaubte Leitlinien von vor 15 Jahren:

Altenpolitische Leitlinien

Spätere Berichterstattungen widmen sich ausschließlich dem Thema Pflege, ein viel zu verengter Blickwinkel auf ältere Menschen, den wir politisch so nicht stehen lassen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert von der rot-grün-roten Regierung die Ablösung vom (auch begrifflich) längst überholten „Altenplan“ und dessen Leitlinien. Wir fordern den Senat auf, noch in der laufenden Legislaturperiode einen „**Masterplan Seniorenpolitik**“ vorzulegen, der über die Zielgruppe verlässlich aktualisierte Daten liefert und auf dieser Grundlage notwendige Strategien und Maßnahmen für eine kurz- und mittelfristige Neuausrichtung der Seniorenpolitik Made in Bremen beinhaltet. Ganz im Sinne des hier aufgezeigten Leitbildes und somit im Interesse der Seniorinnen und Senioren in unserem Bundesland.

3. Ein „Masterplan Seniorenpolitik“ muss nach unserem Verständnis alle Facetten lebenswerter Jahre im Alter berücksichtigen: die Agilität und Senilität, das Auskommen mit dem Einkommen, die körperliche und geistige Mobilität, die Einbindung in Digitalisierungstrends, Bildung und Weiterbildung in Umsetzung lebenslangen Lernens, Freizeitaktivitäten gemeinsam statt einsam sowie moderne und barrierefreie Wohn- und Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten. Hierzu braucht es eine ressortübergreifende **ehrliche Bestandsaufnahme** von Bedarfen, Angeboten, personellen und finanziellen Unterstützungsstrukturen sowie Planungsvorhaben zum Schließen von Angebotslücken. Darüber hinaus erneuern wir insbesondere mit Blick auf die alternde Bevölkerung unsere Forderung nach **Gesundheit und Pflege aus einem Guss**, nach politischer Zuständigkeit **in einem Ressort**.

4. Im besonderen Fokus stehen für uns **Frauen** in der dritten und vierten Lebensphase. Sie bilden die übergroße Mehrheit der Hochbetagten, sie leben mehrheitlich allein, sie sind mehrheitlich die zu Pflegenden aber auch die Pflegenden in der Familie und in den Einrichtungen. Hinzu kommt, dass Frauen angesichts eines Gender Pension Gap von 46 Prozent ihren Lebensabend sehr viel häufiger wesentlich limitierter als Männer erleben. Die immer noch typisch weiblichen Lebens- und Erwerbsverläufe rechnen sich im Alter nicht. Wir wollen der Altersarmut von Frauen durch eine vorausschauende Politik und unterstützende Maßnahmen in Zeiten der Erwerbsbiografie entgegenwirken. Vor allem alleinstehende oder verwitwete Frauen sind aufgrund finanziell eingeschränkter Teilhabe und Mobilität in späten Jahren wesentlich stärker von Einsamkeit betroffen und mehr als Männer von digitalen Angeboten ausgeschlossen. Und Frauen sind im stärkeren Maße Gewalt und Kriminalität ausgesetzt, auch noch im Alter, und sie leiden mehr als Männer unter Sicherheitsbedenken im öffentlichen und häuslichen Bereich. Demzufolge braucht es in Umsetzung einer modernen Seniorenpolitik eines **besonderen Schutzes** der Interessen von älteren Frauen sowie **geschlechtergerechte Angebote** und Rahmenbedingungen.

5. Alter braucht Raum. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert mehr Aufenthalts- und Begegnungsräume für Seniorinnen und Senioren. Und wir wollen Angsträume vermeiden. Noch immer sind die registrierten **Straftaten zum Nachteil älterer Menschen** im Land Bremen viel zu viele. Hierzu braucht es „**Kümmererstrukturen**“ in jedem Stadtteil sowie eine regelmäßige und verlässliche **Präventionsarbeit** im Zusammenwirken von Polizei und Netzwerken für ältere Menschen. Wir wollen hierzu die in der Pandemie verloren gegangenen Veranstaltungen, Schulungen, Vorträge, Infobroschüren neu beleben und begonnene Kampagnen weiterentwickeln. Reserven sehen wir vor allem auch im Miteinander der Generationen. Wir regen hierzu politisch geförderte „**Tandem-Programme**“ von Jung und Alt in allen Lebensbereichen an zur gegenseitigen Bereicherung und Unterstützung im Alltag. So hilft die „Ersatzoma“ oder schulische Nachhilfe der einen, die Haushalts- oder Einkaufshilfe der anderen Seite. Hier ist vieles denkbar und noch lange nicht ausgeschöpft.

6. Grundsätzlich setzen wir uns für die **Minimierung von Barrieren** in allen Lebenslagen ein. Infrastruktur und Nahversorgung müssen für ältere Menschen frei zugänglich sein. Anlaufstellen mit offenen Türen und Ohren in den Quartieren, senioren geschützte Öffnungszeiten im Bürgerservice, Platzangebote am organisierten Mittagstisch, Sitzgelegenheiten zum Verweilen im Zentrum, im Stadtteil und im Grünen, ausreichend saubere öffentliche Toiletten, Sonderparkraum bei Schwerbehinderungen, erschwingliche ÖPNV-Tickets, Oasen zur Erholung im nahen Wohnumfeld, der Lift im eigenen Haus und bei Bedarf die hausärztliche Betreuung in den eigenen vier Wänden – all das und noch viel mehr gehört dazu.

7. Eine bedarfsgerechte Seniorenpolitik muss sich auch in unserem Bundesland auf die **Beteiligung** der älteren und hochaltrigen Bremerinnen und Bremer stützen. Nur dann erfährt sie **Akzeptanz**. In Deutschland sind die speziellen Interessen und die soziale Sicherheit älterer Menschen vor allem durch die Sozialgesetzgebung (SGB VI, SGB XI) geschützt. Seniorenbeiräte und Seniorenvertretungen sind komplementär auf Kommunal- und Landesebene die beratende Stimme der Politik. Um dieser Stimme noch mehr Gehör und vor allem Gewicht und Einflussnahme zu verschaffen, gehen andere Bundesländer weiter in der Beteiligung als Bremen. Sogenannte Seniorenmitwirkungsgesetze wurden seit 2006 in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, wie auch in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verabschiedet. Im Saarland und in Bayern sind solche Gesetzentwürfe bereits im parlamentarischen Raum. Zur Verbesserung der Beteiligung von Seniorinnen und Senioren regen wir hiermit auch für Bremen ein **Landesseniorenmitwirkungsgesetz** an.

Zudem befürworten wir ein **Bremer Seniorenparlament** und dessen Etablierung unabhängig vom Behindertenparlament.

Wichtig sind uns aber nicht nur Interessenvertretungen, sondern jede einzelne Stimme aus dem Chor der Seniorinnen und Senioren. Hierzu regen wir eine **Befragung** aller älteren Menschen ab 60 Jahren im Bundesland Bremen an und rufen ihnen zu: „Machen Sie von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch!“ Von den Expertinnen und Experten des Lebens im Alter wollen wir authentisch erfahren, wie sie sich fühlen, wie sie ihren Alltag in unseren Stadtgemeinden leben und erleben und welche Forderungen sie an die Politik stellen. Diesen Auskünften werden wir uns verpflichtet fühlen, auch im Hinblick auf eine Übernahme von Regierungsverantwortung in der kommenden Legislaturperiode der Jahre 2023 - 2027.